

Favoriten + Zeitungsansicht Drucken Schliessen

Lokales

## "Flüchtlinge in NRW sind ungerecht verteilt"

**Zuwanderung: Auf einer CDU-Veranstaltung in Rheda-Wiedenbrück diskutierten Landtagsabgeordneter André Kuper und der CDU-Kreisvorsitzende Ralph Brinkhaus über die Flüchtlingssituation**

Kreis Gütersloh/Rheda-Wiedenbrück (nw). Die Bedeutung des Themas "Zuwanderung" zeigte sich schon an der Besucherzahl: Mehr als 100 Interessierte waren der Einladung des Bundestagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Ralph Brinkhaus in das Pfarrheim St. Johannes in Rheda-Wiedenbrück gefolgt, um mit ihm und dem Landtagsabgeordneten André Kuper über die Flüchtlingskrise zu diskutieren.

Kuper stellte im Impulsreferat zunächst heraus, dass Deutschland nicht zum ersten Mal vor der Herausforderung stehe, eine große Zahl Menschen aufzunehmen. Die Bundesrepublik verzeichne nach der Fluchtwelle aus den deutschen Ostgebieten nach dem Krieg mit 14 Millionen Flüchtlingen, dem Gastarbeiterzuzug mit 2,6 Millionen Menschen und der Spätaussiedlerwelle mit drei Millionen Zuzüglern bereits die vierte Zuwanderungswelle. Trotzdem hob Kuper die besondere Dimension der aktuellen Lage hervor: "60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr", so Kuper. "Und die Probleme werden nicht geringer. In Afrika, das jetzt schon viele Flüchtlinge über das Mittelmeer verlassen, wird sich die Bevölkerung in der nächsten Generation von einer Milliarde auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln."

"Die Festung Europa aber gibt es nicht mehr, überall sind grüne Grenzen. Wir werden daher der Probleme nur Herr, wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen und den Menschen in den Herkunftsländern eine Bleibeperspektive verschaffen", erklärte Kuper. "Und bei uns vor Ort muss die Devise lauten: "Steuern, ordnen und begrenzen". Das bedeutet, die Menschen mit Bleiberecht zu integrieren und diejenigen konsequent zurückzuführen, die sich unberechtigt bei uns aufhalten." Kuper verwies auch darauf, dass einige Probleme der Flüchtlingskrise hausgemacht seien: "Derzeit wird viel Kritik an Angela Merkel geübt, in NRW hat aber die rot-grüne Landesregierung einen großen Anteil an der unbefriedigenden Lage. So ist die Verteilung der Flüchtlinge bei uns ungerecht geregelt. Während im ländlichen Raum viele Kommunen ihre Aufnahmequote über 100 Prozent erfüllen, bleiben etliche Großstädte an Rhein und Ruhr weit hinter ihren Quoten zurück. Darüber hinaus gibt es für die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW eine im Vergleich mit anderen Bundesländern unzureichende Erstattung der Flüchtlingskosten."

Ralph Brinkhaus mahnte an, dass es bei der Diskussion, die oft sehr abstrakt geführt werde, immer um Menschen gehe. Dennoch werde es zusehends schwieriger, den Flüchtlingszustrom zu bewältigen. Er verwies auf die Maßnahmen, die bereits ergriffen worden sind. Dazu zählen die Verschärfung des Asylrechtes, die Einführung eines einheitlichen Erfassungssystems, aber auch die Milliarde Euro, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Afrika zur Verfügung gestellt worden ist. In seinem Schlusswort warnte Brinkhaus vor den Gefahren: "Eines darf nicht passieren: Die Flüchtlingskrise darf nicht dazu führen, dass daran das europäische Projekt scheitert."

© 2016 Neue Westfälische  
07 - Gütersloh, Freitag 12. Februar 2016